

## Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft für einen ehemaligen Mitarbeiter des MfS

Günter Baum

Vorausschicken möchte ich als ehemaliger Mitarbeiter des aufgelösten Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit, daß ich ständiger Leser der Publikation "Zwiegespräch" bin und sie als Basis betrachte, mich kritisch und ehrlich mit der Vergangenheit dieses untergegangenen Machtimperiums und seiner ehemaligen Mitarbeiter ohne Vorurteile, pauschale Schuldzuweisungen oder besonderen Ressentiments auseinanderzusetzen.

Wie aber kann ich mich ehrlich und selbstkritisch mit meiner Tätigkeit in der Vergangenheit auseinandersetzen, wenn begangenes Unrecht durch neues in der Gegenwart ersetzt wird, wenn Menschen ins Abseits gedrängt und im Namen von Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland das Rentenrecht als politisches Strafrecht benutzt wird? Auch steht es einem freiheitlichen Sozialstaat nicht gut zu Gesicht, Randgruppen systematisch in die Sozialhilfe zu treiben.

Ich möchte anhand der Broschüre "Die Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR" - Überführung in die gesetzliche Rentenversicherung - herausgegeben von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte - ein Beispiel des "Rentenstrafrechts" geben:

	NVA/VP etc.	MfS/AfNS
Versichertenrente	2.010,- DM	802,- DM
Witwen-/Witwerrente	1.206,- DM	481,- DM
Vollwaisenrente	804,- DM	321,- DM
Halbwaisenrente	603,- DM	241,- DM

In einem Land, in dem in keine Sozialversicherung eines früheren aktiven Unterstützers des Naziregimes eingegriffen wurde und in dem noch an ca. 155 000 Amts- und Würdenträger dieses Regimes oder deren Hinterbliebene Pensionen bezahlt werden, sollen Frauen und Kinder von ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS durch diskriminierende Renten bestraft werden. Ist es nicht einer Sippenhaftung gleichzusetzen, wenn Waisenkinder und Witwen, nur weil sie Kinder und Ehegatten von ehemaligen Mitarbeitern des MfS/AfNS sind, derartig benachteiligt werden? Das hat zuvor nur Hitlerdeutschland getan, wobei ich selbstverständlich die Bundesrepublik insgesamt nicht mit dem Faschismus vergleichen will.

Zur Wende sind deutsche Bürgerrechtler mit der Losung Rosa Luxemburgs aufgestanden, auch das Recht für Andersdenkende zu gewährleisten oder es